

Migration: Die Zeiten werden härter

*Stadtbild, Grenzkontrollen und was das
Forum dagegen machen kann*

Forum-Ersatztreffen, 7. Juli 2026, online
Reinhard Pohl
(Gesellschaft für politische Bildung e.V.)

Die Zeiten werden härter

- Im Koalitionsvertrag (Mai 2025) hat die Bundesregierung eine „Migrationswende“ angekündigt.
- Es soll weniger Einwanderung geben durch Grenzkontrollen und Einschränkung des Familiennachzugs und Stopp der Aufnahmeprogramme.
- Es soll aber mehr Abschiebungen geben, in Zukunft verstärkt nach Syrien und Afghanistan.

2

Die Zeiten werden härter

- Gleichzeitig verschärft die EU (abgestimmt mit allen Mitgliedsstaaten) die Asylverfahren.
- Flüchtlinge sollen in Zukunft an der Grenze abgefangen und in Lagern untergebracht werden. Wer geringe Chancen hat, soll von dort aus schnell abgeschoben werden, ohne richtiges Asylverfahren.

3

Die Zeiten werden härter

- Das wirkt sich alles nicht sofort aus.
- Aber es verschlechtert die Stimmung gegenüber der Migration und Integration.
- Es kann auch die Möglichkeiten des FORUMs einschränken, die eigenen Ideen in die Diskussion einzubringen und damit Gehör zu finden.

4



Stadtbild

5

Stadtbild

- 14. Oktober 2025: Antrittsbesuch von Bundeskanzler Friedrich Merz in Brandenburg.
- Gemeinsame Pressekonferenz mit Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD).
- Fragen von Journalist:innen nach dem Erstarken der AfD beantwortete er so:

6

Stadtbeeld

- „Bei der Migration sind wir sehr weit. Wir haben in dieser Bundesregierung die Zahlen August 24, August 25 im Vergleich um 60 % nach unten gebracht, aber wir haben natürlich immer im Stadtbeeld noch dieses Problem, und deswegen ist der Bundesinnenminister ja auch dabei, jetzt in sehr großem Umfang Rückführungen zu ermöglichen und durchzuführen. Das muss beibehalten werden, das ist in der Koalition verabredet.“

7

Stadtbeeld

- Merz sagt „Migration“, meint aber „Asyl“.
- Merz redet von „diesem Problem“ im Stadtbeeld, das nur mit „Rückführungen“ (= Abschiebungen) zu lösen ist.
- Andere stören im Stadtbeeld leerstehende Läden, bettelnde Obdachlose, zu viele Läden die zu Ketten gehören, Gaffities an den Hauswänden...

8

Stadtbeeld

- Die Reaktionen waren Demonstrationen gegen Rassismus. Insbesondere Menschen mit „ausländischem Aussehen“ sagten, sie würden auch zum Stadtbeeld gehören.
- Steffen Bilger (parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) ergänzte, ihn störten im Stadtbeeld insbesondere verschleierte Frauen.

9

Stadtbild

- Auf eine spätere Frage an Merz, ob er sich entschuldigen wollte, verneinte Merz: „Fragen Sie Ihre Töchter.“
- Damit setzte er „Migration“ mit „Vergewaltigung“ gleich. Er meinte wohl Flüchtlinge und nicht Fachkräfte, sagte das aber nicht.
- Es wird damit auch schwerer, Fachkräfte anzuwerben und in Deutschland zu halten, wenn so über sie gesprochen wird.

10

Stadtbild

- **Töchter:** Merz tut so, als würden Frauen in der Innenstadt mit Gewalt bedroht.
- Die Gefahr droht aber ganz, ganz überwiegend in der eigenen Wohnung.
- Es wird eine Stimmung verbreitet, es wird Angst gemacht. Dabei bleibt Merz mit „Stadtbild“ und „Töchtern“ unbestimmt, alle dürfen sich selbst ausmalen, was er meint.
- Folge: Die Umfragewerte für die AfD steigen, die für die CDU sinken.

11

Stadtbild

- **Jörg Meuthen (AfD-Chef), 2017:**
„Ich sehe zum Teil in den Innenstädte, in denen ich mich bewege, nur noch vereinzelt Deutsche. Das kann nicht Ziel unserer Politik sein.“
- **Antwort von Angela Merkel (CDU):**
„Ich kann auf der Straße Menschen mit Migrationshintergrund, die deutsche Staatsbürger sind, und solche, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht haben, nicht unterscheiden.“

12

Stadtbild

- Die CDU und der CDU-Bundeskanzler machen Stimmung gegen junge Männer, die als Flüchtlinge kommen.
- Konkret schränkt die Bundesregierung dann aber den Familiennachzug (für Angehörige von subsidiär Geschützten) ein: Damit können Frauen und Kinder nicht mehr sicher nach Deutschland zu ihren Familien.

13



Grenzkontrollen

14

Grenzkontrollen

- In den vorigen Jahren gab es immer wieder Diskussionen über „Messerangriffe“.
- Die AfD fragte in den Landesparlamenten nach den Vornamen der Täter. Die häufigsten Namen: „Andreas, Michael, Christian“.
- Die große Mehrheit fällt in die Kategorie „häusliche Gewalt“.

15

Grenzkontrollen

- Trotzdem führte die SPD-Innenministerin im Herbst 2024 Grenzkontrollen ein.
- Der CSU-Innenminister verschärfte sie im Mai 2025 und kündigte an, auch Asylbewerber:innen abzuweisen.
- Mai 2025 bis Ende des Jahres wurden 996 Asylsuchende abgewiesen. Das sind 125 pro Monat.
- 2025 gab es 113.236 Asylerstanträge. Abgewiesene konnten oft 30 Minuten später auf der Parallelstraße einreisen.

16

Grenzkontrollen

- Die meisten Zurückweisungen gab es an der Grenze zu Polen (183) und Österreich (354). Am wenigsten gab es an der Grenze zu Dänemark (2).
- Die häufigsten Herkunftsländer: Afghanistan, Türkei, Algerien, Ukraine, Somalia, Russland, Syrien, Marokko, Iran, China, Libyen, Eritrea, Tunesien, Irak, Pakistan.

17

Grenzkontrollen

- Wir haben 3.876 km Grenze. Dafür sind 14.000 Bundespolizisten zuständig.
- Die 14.000 Bundespolizisten müssen 4.545 Straßen überwachen, die die Grenze überqueren. Darunter sind 42 Autobahnen, 114 Bundesstraßen, 158 Landstraßen.
- Wir haben außerdem 2.732 Kilometer Seegrenze.
- Grenzkontrollen legen nahe: Die Gefahr kommt von außen.

18

Bezahlkarte

19

Bezahlkarte

- Bundesregierung und Landesregierungen haben beschlossen, dass Flüchtlinge im Asylverfahren kein Geld mehr bekommen sollen, sondern »Bezahlkarten«.
- Auf der Karte wird jeden Monat der betrag nach Asylbewerberleistungsgesetz gutgeschrieben: 460 Euro.
- Es gilt auch für Geduldete, auch wenn sie nie Asyl beantragt haben.

20

Bezahlkarte

- Mit der Karte kann man im Supermarkt bezahlen und in der Regel 50 Euro im Monat abheben (auch für jedes Kind).
- Damit wird das Bargeld beschränkt, um Überweisungen ins Herkunftsland zu verhindern.
- Es wird aber auch schwierig, wenn Bargeld gefragt ist: Schulveranstaltungen, Flohmarkt, kleine Läden ohne Lesegerät, Rechtsanwältin.

21

Bezahlkarte

- Es gibt die Möglichkeit, dass das Sozialamt bestimmte Konten für Überweisungen oder Abbuchungen freischaltet.
- Einzelne Überweisungen können bei Vorlage der Rechnung freigegeben werden.
- Das muss das Sozialamt individuell entscheiden und programmieren. Land und Bund bezahlen es nicht, das bezahlt die Kommune.

22

Bezahlkarte

- Land: Alte Menschen oder Analphabeten können weiter Überweisungen oder Bargeld erhalten.
- Das macht Kiel leider nicht.
- Das Sozialamt Kiel schickt die eigenen Kunden bei Fragen zur Bezahlkarte zur Migrationsberatung. Die Migrationsberatung schickt sie meistens wieder zum Sozialamt zurück.

23

Bezahlkarte

- Theoretisch soll die Bezahlkarte verhindern, dass angekommene Flüchtlinge ihre Fluchthelfer bezahlen.
- Die kassieren allerdings vorher.
- Und die Bezahlkarte bekommen auch Geduldete, die schon 10 oder 20 Jahre hier sind.
- Es soll das Leben unbequemer machen, allerdings müssen die Kommunen die Kosten tragen (Arbeit machen). Das Land bezahlt die Kartenfirma.

24

Europaparlament

25

Europaparlament

- Das Europaparlament hat gerade neue Maßstäbe gesetzt:
- Am 17. Juni 2026 stimmten die Abgeordneten über »Return Hubs« ab. Das sind Lager oder Abschiebegefängnisse außerhalb der Union (z.B. Albanien, Tunesien), in denen Geduldete bis zur Abschiebung untergebracht werden.
- Sie sind dann ohne Beratung.

26

Europaparlament

- Dafür stimmten 418 Abgeordnete. Sie kamen vor allem aus der EVP-Fraktion (CDU/CSU, Vorsitzender ist Martin Weber von der CSU), den »Patrioten für Europa«, der EKR-Fraktion (»Europäische Konservative und Reformen«), außerdem die ESN-Fraktion (»Europa der Souveränen Nationen«).
- »Patrioten«: RN aus Frankreich, Fidesz aus Ungarn, ANO 2011 aus der Tschechischen Republik.

27

Europaparlament

- EKR: FdI aus Italien, PiS aus Polen, Vox aus Spanien.
- ESN: AfD aus Deutschland, „Wiedergeburt“ aus Bulgarien, „Neue Hoffnung“ aus Polen.
- Dagegen stimmten 218 Abgeordnete (Sozialdemokraten, Grüne, Linke).
- Anschließend gab es Sprechchöre: „Send them back, send them back!“.

28

Europaparlament

- Gerufen haben vor allem AfD, RN und Fidesz und FdI.
- CDU und CSU haben mit anderen EVP-Abgeordneten dazu geklatscht.
- Hinterher erklärte der EVP-Vorsitzende Martin Weber (CSU), die Abgeordneten seiner Fraktion hätten nicht mit gerufen.
- Sie haben allerdings rhythmisch geklatscht und damit die Parolen unterstützt.

29

Europaparlament

- Das könnte bedeuten, dass einige Angehörige von CDU und CSU ein ähnliches Zusammengehen auch irgendwann wieder in Deutschland versuchen.
- Dazu ist es sinnvoll, auch die Zusammenarbeit von Parteien in den Niederlanden, Frankreich, Polen usw. im Auge zu behalten.

30

... und wir?

31

... und wir in Kiel?

- Im FORUM treffen sich regelmäßig rund 30 Organisationen und Einzelpersonen.
- Insgesamt sind es 71 Mitglieder, aber nicht alle haben Zeit zu kommen.
- Der Vorteil: Wir erfahren von den Vorhaben voneinander, wenn darüber erzählt wird.
- Uns werden regelmäßig die Angebote und neue Projekte der Organisationen vorgestellt und / oder vom »Referat für Migration« rumgeschickt.

32

... und wir in Kiel?

- Möglich ist es auch, gemeinsame Veranstaltungen oder Reihen zu planen. Das macht die Arbeit für die Migration und Integration effektiver.
- Das wird auch schon immer mal gemacht.
- Zur Zeit bieten sich zwei Möglichkeiten besonders an.

33

... und wir in Kiel?

Internationale Wochen gegen Rassismus

- ... findet stets rund um den 21. März statt.
- 21. März 1960: In Sharpeville / Südafrika erschießen weiße Polizisten 69 schwarze Demonstrantinnen und Demonstranten. Sie demonstrierten gegen die Passgesetze.

34

... und wir in Kiel?

Internationale Wochen gegen Rassismus

- Veranstaltungen gegen Rassismus finden bundesweit statt, dadurch gibt es eine größere Aufmerksamkeit.
- Bei uns achtet Malou (mit anderen) darauf, dass das Forum rechtzeitig mit Vorbereitungen startet.
- Schleswig-Holstein gibt ein Programm heraus mit allen Angeboten.

35

... und wir in Kiel?

Interkulturelle Wochen

- ... finden bundesweit in der zweiten Septemberhälfte, in der Regel bis ca. 3. Oktober statt.
- Die gab es bis 2016 auch in Kiel, danach „Tage der Vielfalt“ (Asmus-Bremer-Platz).
- Wir könnten besprechen, ob es 2027 wieder Interkulturelle Wochen geben sollte, ob das »Referat für Migration« das koordinieren möchte.

36

... und wir in Kiel?

Interkulturelle Wochen

- 2026 ist zu früh, dann müssten wir schon fast fertig sein.
- Die neue Leiterin des Referats weiß, wie das geht, weil sie es in Neumünster mitgemacht hat. Sie weiß aber auch, wie viel Arbeit das ist.
- Früher gab es das erste Treffen dazu im Januar, um die Diskussionen in den einzelnen Vereinen und Einrichtungen anzustoßen.

37

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

- www.info4alien.de (Beratungsforum)
- www.migranten-forum-kiel.de
- reinhard.pohl@gegenwind.info

38
